

Stephan Schoenemann
Bahnhofsweg 4
15324 Letschin

Landesgeschäftsstelle DIE LINKE
Alleestraße 3
14469 Potsdam

Letschin, 19.02.2010

Liebe Genossinnen und Genossen im Landesvorstand, im Landesauschuss
und in der Landtagsfraktion,

Auf ihrer Mitgliederversammlung am 11.02.10 hat die BO Letschin die folgende
Stellungnahme zur Landespolitik der Partei Die Linke im Rahmen der Brandenburger
Koalition erarbeitet. Diese Stellungnahme sollte nicht nur als Meinungsäußerung der
Parteibasis an die Landespolitiker Der Linken sondern auch als Beitrag zur
Programmdiskussion der Gesamtpartei gewertet und deshalb auch der Programmkommission
zugeleitet werden.

Wie viele Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei haben auch wir uns mit all unseren
Kräften und Möglichkeiten in den Wahlkämpfen des vergangenen Jahres engagiert und damit
einen Beitrag zum großen Erfolg der Partei auf Bundes- und vor allem Landesebene geleistet.
Aus unzähligen Gesprächen mit den Bürgern wissen wir, dass dieser Wahlerfolg insbesondere
den Forderungen zu verdanken ist, die Die Linke von den anderen Parteien unterscheidet und
die Oskar Lafontaine in seiner Rede zum Neujahrsempfang am 10.01.2010 als die vier
Kernforderungen Der Linken, als Markenkern bezeichnet hat.

Zitat: „...Unsere Wahlerfolge verdanken wir dem Markenkern, den wir uns gemeinsam in den
letzten Jahren erarbeitet haben. Die Linke ist für ihre Anhängerinnen und Anhänger die Partei
des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Vernunft. Sie stimmt im
Bundestag in der Tradition Karl Liebknechts und Willy Brandts gegen Kriegseinsätze. **Sie
wendet sich im Gegensatz zur Konkurrenz gegen Sozialabbau, Personalabbau im
öffentlichen Dienst und gegen die Privatisierung von Einrichtungen der
Daseinsfürsorge...**“

Die Zustimmung war nahezu einhellig. Manche Bürger äußerten auch Zweifel: „Das setzt Ihr
doch nie durch! Woher soll das Geld dafür kommen?“ Aber wir hatten Antworten bereit. Ein
Konzept zur Finanzierung der Wahlkampfforderungen lag vor. Und wir sagten den Leuten:
„Wählt Die Linke, dann ist sie stark genug, um sich in einer Koalition mit der SPD
durchzusetzen.“

Die Leute haben uns geglaubt und Die Linke gewählt. Es gibt nun eine Brandenburger
Regierung mit Der Linken, mit Ministern Der Linken. Ein Riesenerfolg und Grund zu Stolz

Stephan Schoenemann
Bahnhofsweg 4
15324 Letschin

und Freude für uns. Und eine gute Basis für den künftigen Kampf um einen Politikwechsel im Bundesmaßstab

Doch im Laufe der vergangenen drei Monate sind von dieser Regierung einige Signale ausgegangen, die uns Sorge bereiten. Sorge, dass sich Die Linke in Brandenburg als Feigenblatt (nicht nur von der SPD) mißbrauchen läßt für eine Fortführung der Politik der früheren Großen Koalition. Ein Vergleich unserer Wahlkampforderungen mit den Festlegungen des Koalitionsvertrages und der bisherigen Regierungspolitik fällt nicht sehr gut aus. Ja, wir wissen, dass es in einer Koalition immer Kompromisse geben muss. Aber es muss auch bestimmte Haltelinien geben. Auch die hat Oskar Lafontaine benannt: "**...weil unsere Haltelinien: Kein weiterer Sozialabbau, kein weiterer Personalabbau im öffentlichen Dienst und keine weitere Privatisierung Voraussetzung einer Regierungsbeteiligung sein müssen...**"

Hier, an der Basis sind wir jetzt mit den Vorwürfen und der Enttäuschung unserer Wähler konfrontiert. Oft hören wir das böse Wort vom Wählerbetrug und, dass Die Linke auch nicht anders und schon gar nicht besser sei als die anderen Parteien. Das ist die bittere Realität und tut weh!

Bei Fragen nach CO2-Endlagerung und neuen Braunkohletagebauen versuchen wir zwar zu argumentieren, es handle sich um Taktik. Wenn es um konkrete Entscheidungen ginge, stünde Die Linke zu ihrem „Nein“. Aber wir merken, das nimmt uns nun kaum noch einer ab. Dafür gehen die Leute nun zu von der Kirche organisierten Mahnwachen gegen CCS.

Und es findet überhaupt kein Verständnis, dass nun doch im öffentlichen Dienst Stellen abgebaut werden sollen. Auch bei der Polizei, wo unsere Landtagsfraktion –damals noch in der Opposition- vehement einen Stopp des Personalabbaus gefordert hat.

Weder wir, noch unsere Sympathisanten und Wähler, die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde, können es akzeptieren, dass als Begründung dafür das fehlende Geld angeführt wird. Dass kein Geld da ist, das wußten wir schon vor der Wahl. Und das war schon bei allen früheren Regierungen -auch aktuell bei der Bundesregierung- die Begründung für soziale Einschnitte. Aber fehlt das Geld wirklich? Ist das nicht nur eine Frage der Verteilung? Muß die Polizei neue Uniformen, müssen ihre Autos von grün in blau umgespritzt werden, um besser wirksam zu werden? Muß in Potsdam ein neues Landtagsgebäude her, wenn eigentlich kein Geld da ist? Das fragen uns die Leute und wir selbst auch.

Uns ist schon klar, dass in den meisten Medien die Dinge aufgebauscht werden und Die Linke bewußt negativ dargestellt wird. Aber die Linke liefert selbst die Munition dafür. Und tritt unserer Meinung nach zu wenig und zu defensiv dagegen auf. Wo unsere Kernforderungen nicht durchsetzbar sind, muß auch die Ursache dafür offen und öffentlich benannt werden. Erst recht, wenn die SPD diese Ursache ist.

Zusammengefaßt: In Brandenburg ist für uns noch kein wirklicher Politikwechsel nach links zu erkennen. Wenn sich daran nichts ändert, und zwar sehr bald, so haben wir große Befürchtungen für die nächsten Wahlen, und die nächsten sind schon im Mai in NRW. Es darf niemand glauben, die Politik im "rot-roten" Brandenburg würde sich nicht dort auswirken.

Wir glauben, es ist überlebenswichtig für die Linke in Brandenburg und in Deutschland, ihr in den vergangenen Wahlkämpfen gezeigtes unverwechselbares Profil zu bewahren. Das zeigt

Stephan Schoenemann
Bahnhofsweg 4
15324 Letschin

sich auch darin, dass die anderen Parteien -bis hin zur CDU- davon Manches verbal übernommen haben. Sie haben gemerkt, unsere Forderungen treffen den Nerv der Menschen. Aber wir müssen auch deutlich machen -und das muss Bestandteil unseres Parteiprogramms sein-, dass unsere Ziele letztendlich nur durch die Überwindung dieses Gesellschaftssystems erreicht werden können. Einen Arzt an seinem Krankenbett hat der Kapitalismus schon, die SPD. Und ein unheilbar Kranker braucht keinen zweiten Arzt. Eine Anbiederung durch Die Linke an die SPD, wie sie auch von manchen unserer Spitzenpolitiker immer mal wieder betrieben wird, ist unnötig und schließlich tödlich für Die Linke selbst.

Wir hoffen und erwarten, dass diese unsere Sorgen und Befürchtungen -die auch von Genossen anderer Basisorganisationen unserer Region geteilt werden- ernst genommen und berücksichtigt werden. Und zwar auch insbesondere im Hinblick auf die Programmdiskussion, von der wir hier "an der Basis" noch nicht viel verspüren.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir versprechen Euch, dass wir Euch auch in der Zukunft mit unserer Meinung behelligen werden. Mit dem Ziel und in der Hoffnung darauf, dass unser unverwechselbares Profil, wie wir es in den vergangenen Wahlkämpfen gezeigt haben, unsere Politik auf Landes- und Bundesebene bestimmt. Nur so werden wir die Menschen im Land davon überzeugen, dass Die Linke eine wirkliche Alternative zu den bestehenden Verhältnissen ist.

Mit sozialistischem Gruß

im Auftrag der BO Letschin

Stephan Schoenemann
Vorsitzender